



iran-report

Nr. 01/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Ahmadinedschad und das Establishment des Gottesstaates / Im 4. Anlauf: Ölminister gebilligt / Weiteres hohes Mitglied der Revolutionswächter ins Kabinett berufen / „Dekadente westliche Musik“ soll aus Hörfunk und Fernsehen verbannt werden / Justizchef Scharudi: „Man soll nicht gleich jeden ins Gefängnis werfen“ / Machtkampf im Lager der Konservativen hat die Straße erreicht / Hohe Gefängnisstrafen für Studentenführer / EU wirft Iran Menschenrechtsverletzungen vor / Vorschlag für eine islamische Konvention der Menschenrechte / Polizeichef dementiert Anschlag auf Ahmadinedschad / Gandjis Gesundheitszustand alarmierend

II. Wirtschaft

Das Jahrhundertgeschäft mit China / Russland verkauft Iran Luftabwehr-raketen für eine Milliarde Dollar / Verseuchte Luft in Teheran: hunderte Menschen in Krankenhäusern, Ämter und Schulen acht Tage geschlossen / Indien und Pakistan einig über Gaspipeline / Kapitalflucht in die Vereinigten Arabischen Emirate / 220 Hektar Wald verbrannt

III. Außenpolitik

Atomverhandlungen ohne Ergebnis / Entezami: Wiederaufnahme der Verhandlungen sind ein diplomatischer Sieg Irans / Iran wichtiges Thema im israelischen Wahlkampf / Revolutionsführer Chamenei empfiehlt Hamas, den bewaffneten Kampf fortzusetzen / USA prüfen Militärschläge gegen Iran / US-Regierung schließt Sicherheitsgarantien für Iran aus / Laridjani erläutert Grundzüge der iranischen Atompolitik / USA verhängen Sanktionen gegen neun Firmen wegen Iran-Geschäften



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 02/2006 Anfang Februar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Januar 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Ahmadinedschad und das Establishment des Gottesstaates

Das in Iran dieser Tage am meisten diskutierte Thema ist die Frage, wie weit Ahmadinedschads harte Position in der Atompolitik und seine Verbalattacken gegen Israel tatsächlich vom Establishment der Islamische Republik getragen werden. Kann man diese Positionen als offizielle Haltung der iranischen Staatsführung bezeichnen? Oder ist tatsächlich, wie manche politischen Beobachter meinen, die ideologisch verbrämte Radikalität, die der neue Regierungschef in der Innen- und Außenpolitik an den Tag legt, für die Säulen der Macht in Iran bereits nach viermonatiger Amtszeit untragbar geworden?

Zunächst zu Ahmadinedschad selbst. Fest steht, dass die Positionen, die er seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten bezogen hat, nicht allein darauf zurückzuführen sind, dass er über keinerlei diplomatische Erfahrungen verfügt und sich aus diesem Grund unbedacht äußert, ohne die Folgen einschätzen zu können. Diese Positionen sind vielmehr einer Ideologie und einer Denkweise geschuldet, denen Ahmadinedschad und die Gruppe um ihn anhängen. Sonst hätte sich der Regierungschef nach den heftigen Reaktionen im Ausland gemäßigt und den Schaden zu beheben versucht. Doch er hat im Gegenteil immer wieder nachgesetzt und die Attacken gegen Israel und den Westen noch heftiger und schärfer wiederholt.

Vor einer Massenversammlung im Fußballstadion der Stadt Zahedan im Südosten Irans sagte er, „die Europäer beharren darauf, dass sechs Millionen Juden im zweiten Weltkrieg umgebracht worden sind“. Wer diese Behauptung kritisiere werde mit Gefängnis bestraft. Wenn aber dieses große Verbrechen stattgefunden habe, sei nicht einzusehen, warum die Palästinenser dafür büßen sollen. „Wenn ihr die Tat begangen habt, dann müsst ihr den Juden ein Stück Land in Europa, Amerika, Kanada oder Alaska zur Verfügung stellen. Wir würden dann unsere Parolen gegen Israel einstellen und euch unterstützen.“

Ahmadinedschad wies die Kritik an seinen Stellungnahmen zurück. Er sei im Westen für seine Äußerungen verurteilt und als „unzivilisiert“ bezeichnet worden, sagte er. „Wir können nur erwidern, wenn eure Zivilisation Aggression, Ungerechtigkeit und Armut bedeutet, lehnen wir sie ab. Eine solche Zivilisation ist uns verhasst“.

Bezüglich des iranischen Atomprogramms sagte er: „Ihr wollt uns an der friedlichen Nutzung der Atomenergie hindern, seid aber selbst bis an die Zähne bewaffnet und eure Waffenarsenale sind mit biologischen, chemischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen voll gestopft“. Iran werde niemals auf sein Recht verzichten, den nuklearen Brennstoff im eigenen Land herzustellen, fuhr er fort. Seit 25 Jahren weigere sich der Westen Ersatzteile für die dort gekauften Flugzeuge nach Iran zu liefern. Wie könne man sich darauf verlassen, dass in Zukunft der Brennstoff für Atomreaktoren geliefert werde. „Nein, auf diese List werden wir nicht hereinfallen“, sagte Ahmadinedschad.

Ahmadinedschad ist kein Intellektueller, er stammt aus einfachen Verhältnissen. In seinem Weltbild existieren nur Freunde und Feinde. Das Lager des Islam, glaubt er, werde umzingelt vom dekadenten Westen, von Ungläubigen, von Oppositionellen und Reformern im Inland, die er als Lakaien ausländischer Mächte bezeichnet.

Von Innen- und Außenpolitik hat er so gut wie keine Ahnung. Er kann sich nur auf populistische Parolen stützen, um die Habenichtse und Beleidigten, denen er Rettung versprochen hat, bei der Stange zu halten. Er reist von Stadt zu Stadt, hält feurige Reden, stellt Feindbilder auf, erzeugt Ängste, schürt Hass. Seine Vorgängerregierungen bezeichnet er als korrupt. Sie hätten sich am Volkseigentum gemästet und das Land ins Verderben geführt. Seitdem er im Amt ist, hat er hunderte von erfahrenen Beamten davon gejagt und ihre Stellen mit ahnungslosen Freunden und Verwandten besetzt. Sieben Direktoren staatlicher Banken wurden ohne Vorwarnung über Nacht entlassen, vierzig Botschafter abberufen. Ein 26-jähriger soll der Teheraner Börse, die seit Monaten brach liegt, auf die Beine helfen. Die meisten Mitglieder des Kabinetts bestehen aus ehemaligen Revolutionswächtern und Ge-



heimdienstlern. Die Wirtschaft ist stark verunsichert, viele Unternehmer schaffen ihr Kapital ins Ausland, Auslandsinvestitionen sind völlig ausgeblieben. Die Lage ist mehr als chaotisch.

Außenpolitisch will der Präsident weg vom Westen, hin zum Osten. Er will Beziehungen zu Russland, China und Indien aufbauen und eine Allianz islamischer Staaten gründen, bei der Iran als regionale Großmacht die Führung übernimmt.

Hätte man im Westen auf die Attacken Ahmadinedschads nicht so empört reagiert, hätten sich seine Worte in Luft aufgelöst. Denn in Iran hört man solche Parolen seit 26 Jahren, die Leute haben die Ohren voll davon. Ohnehin hat die überwiegende Mehrheit für den Präsidenten nur Spott übrig. Selbst die Konservativen, die die Hoffnung hegten, mit der Wahl Ahmadinedschads die Macht vereinheitlichen und monopolisieren zu können, haben längst gemerkt, dass er untragbar ist. Sie lassen ihn ins Messer laufen. Die Kritik an ihm wird immer lauter. Das von Konservativen mit absoluter Mehrheit besetzte Parlament hat mehrmals Ministerorschläge des Regierungschefs abgelehnt. Für das Ölministerium wurde erst sein vierter Vorschlag akzeptiert. Seine Regierungsvorlage, einen Fonds zur Unterstützung der Armen einzurichten, wurde als undiskutabel eingestuft und nicht einmal auf die Tagesordnung genommen.

Auch seine Außenpolitik, einschließlich seiner Verbalattacken gegen Israel, rief heftige Kritik hervor. Es fiel auf, dass sogar in der konservativen Presse die Äußerungen des Regierungschefs sehr distanziert und kommentarlos wiedergegeben wurden. Einige konservative Abgeordnete verlangten eine außerordentliche Sitzung des Parlaments.

Die Moscharekat-Partei, die größte Organisation der Reformer, bezeichnete Ahmadinedschads Attacken als „tödliches Gift einer fundamentalistischen Ideologie“, das dem Land politisch und wirtschaftlich erheblichen Schaden zufüge und die nationale Sicherheit großen Gefahren aussetze. Bedauerlicherweise würden diese Äußerungen im Ausland als offizielle Außenpolitik Irans bewertet, heißt es in einer öffentlichen Erklärung der Partei. Der Präsident befinde sich im Irrtum, wenn er

glaube, mit diesen radikalen Parolen die Massen in der islamischen Welt mobilisieren und von der eigenen Unfähigkeit, das Land zu regieren, ablenken zu können. Die Partei fordert die Verantwortlichen im Land auf, endlich dem „abenteuerlichen“ Regierungschef Zügel anzulegen.

Kaum wenige Monate im Amt hat der Stuhl des Präsidenten zu wackeln begonnen. Gerüchte besagen, dass die grauen Eminenzen, die im Hintergrund die Fäden der Macht in der Hand halten, bereits seinen Sturz planen.

Aber die Proteste aus dem Ausland haben ihn mit einem Schlag ins Rampenlicht gerückt. Er, dessen Scheitern sich bereits abzeichnete, dürfte sich, zumindest unter seinen Anhängern, als Held fühlen, als einer, der es wagt, der Supermacht USA und dem mächtigsten Staat im Nahen Osten Israel die Stirn zu bieten, den vertriebenen Palästinenser zur Seite zu stehen und die Fahne des Islam hochzuhalten. Er hofft in dieser Position seine Macht ausbauen und von seiner Regierungsunfähigkeit und dem Chaos, das er angerichtet hat, ablenken zu können. Kein Wunder, dass er sich nicht um die Kritik schert und immer wieder nachlegt.

Kann man, muss man diesen Mann ernst nehmen? Ja und nein. Man kann seine Drohung, Israel aus der Weltkarte auslöschen zu wollen, getrost zu den Akten legen. Iran ist weder gewillt noch in der Lage, Israel anzugreifen, geschweige denn zu zerstören. Solche verbalen Attacken gehören zum Ritual, seit der Gründung der Islamischen Republik kann man sie bei jedem Freitagsgebet hören. Dass sie dieses Mal so eine heftige Empörung ausgelöst haben, liegt vermutlich darin, dass sie nahtlos zur Iran-Politik der USA passen. So gesehen, muss man die Äußerungen Ahmadinedschads tatsächlich ernst nehmen. Gäbe es den Mann nicht, die USA und Israel hätten keinen besseren erfinden können. Washington hat nach eigenem Bekunden die Absicht, Iran zu isolieren, ihm Sanktionen aufzuerlegen und wenn das nichts hilft, durch eine militärische Intervention einen Regimewechsel herbeizuführen. Auch in Israel scheint man geneigt, die Pläne für einen Präventivschlag gegen Iran allmählich aus der Schublade zu holen. Sollte tatsächlich der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran beschließen oder gar ein wie auch immer gearteter Militärangeiff gegen das



Land gestartet werden, hätte Ahmadi-nedschad die Massen auf seiner Seite. Auch die meisten seiner Kritiker würden sich wohl oder übel hinter ihn stellen. Er würde sich ins Fäustchen lachen. Für Iran und die gesamte Region, einschließlich Israel, wären aber die Folgen verheerend.

Im 4. Anlauf: Ölminister gebilligt

Das iranische Parlament hat am 11. Dezember den vierten Kandidaten von Präsident Ahmadinedschad für das Amt des Ölministers gebilligt. Kazem Vasiri Hamaneh, der den Posten seit drei Monaten kommissarisch innehatte, erhielt die Stimmen von 172 der 259 anwesenden Abgeordneten. Drei Vorschläge des Präsidenten hatte das Parlament zurückgewiesen. Der erste Vorschlag, den Ahmadinedschad im August vorgelegt hatte, war Ali Saidlu. Er wurde mit der Begründung, keine Sachkenntnisse zu haben, abgelehnt. Der zweite Bewerber, General Sadegh Mahsuli von den Revolutionsgarden, zog seine Bewerbung Anfang November zurück, da auch er mit einer Ablehnung rechnete. Dem dritten Bewerber, Mohsen Tassallotti, warf das Parlament Ende November ebenfalls mangelnde Erfahrung vor.

Politische Beobachter äußerten die Ansicht, dass das Parlament dem Staatsschef weitere peinliche Schlappen ersparen wollte. Iran bezieht 80 Prozent seiner staatlichen Einnahmen aus der Ölindustrie. Die Ölindustrie ist ein Hort für Korruption und Betrugereien. Mächtige, mafiöse Gruppen, die außerhalb staatlicher Kontrolle agieren, sind hier am Werk. Der Schaden, den sie durch illegalen Verkauf und Schmuggel dem Land zufügen, geht ins Unermessliche.

Weiteres hohes Mitglied der Revolutionswächter ins Kabinett berufen

Staatspräsident Ahmadinedschad hat erneut ein hochrangiges Mitglied der Revolutionswächter ins Kabinett berufen. Wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete, wurde Bagher Solghadr, die Nummer zwei der 1979 als Gegengewicht zum normalen Militär gegründeten Revolutionären Garden, zum stellvertretenden Innenminister ernannt. Der 50-jährige werde für die Sicherheit und die Polizei verantwortlich sein. Im Kabinett sind bereits mehrere Mitglieder der Revolutions-

wächter und des Geheimdienstes vertreten, allen voran der Minister für Kultur, Mohammad Hossein Saffar Harandi. Solghadr, der als ein sehr radikaler Fundamentalist in Kreisen der Militärs bekannt ist, war während des Krieges zwischen Iran und Irak (1980-1988) für Militärausbildung und Guerilla-Aktionen verantwortlich. Er gehört zu den schärfsten Gegnern der Reformbewegung, drohte sogar einmal mit einem Militärputsch und erklärte, er werde die Kritiker des Gottesstaates „töten und ihre Zungen abschneiden“.

Die Nominierung ließ erneut die Kritik über eine wachsende Militarisierung der Regierung laut werden. Diese Kritik wies der Chef der Revolutionswächter, General Rahim Safawi, ein ebenbürtiger Radikaler wie Solghadr, zurück. „Nur idiotische Politiker machen solche Kommentare“ sagte er. Die Revolutionären Garden würden der Regierung helfen, die Sicherheit im Land aufrechtzuerhalten. „Die Präsenz in Regierungssämtern bringt uns in die richtige Richtung“, sagte Safawi.

„Dekadente westliche Musik“ soll aus Hörfunk und Fernsehen verbannt werden

In einer ungewöhnlichen Verordnung an Fernsehen und Rundfunk erteilte Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des obersten Rats der Kulturrevolution den Verantwortlichen 23 Anweisungen, die zur Qualitätsbesserung der Sendungen führen sollen. Die Programmleiter sollen sich bei der Gestaltung ihrer Sendungen an „Kulturwerten“ orientieren, die „Gerechtigkeit, Genügsamkeit, Spendenfreudigkeit, Fleiß und Arbeit“ beinhaltet, „die Kultur und Lebensweise des Propheten Ali“ propagiert, die Jugend zur Aufnahme unterschiedlicher Berufe ermuntert, die Kunst der Lebensführung vermittelt, auf die Umwelt Rücksicht nimmt und bei der Werbung alles unterlässt, was die Menschen zur Verschwendung und zum übermäßigem Konsum verleitet.

Ein Thema, dem sich die Verordnung besonders widmet, ist die „Kulturinvasion“, die nach Meinung der Islamisten von außen gesteuert wird und eine Bedrohung für die islamische und nationale Kultur darstellt. Die Programmleiter werden aufgefordert, diesem Phänomen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Daher sollten Themen wie „religiöse Identität, nationale Solidarität,



Lebensfreude, soziales Engagement, Innovation, wissenschaftliches Denken" in die Programme aufgenommen werden, nicht künstlich und belehrend, sondern interessant und unterhaltend, und zwar auf der Grundlage des islamischen Rechts und der islamischen Ethik und Moral. „Dekadente westliche Musik" soll vermieden und stattdessen „die echte, nationale Musik sowie entspannende Musik" gepflegt werden. Auch Lieder, die an die islamische Revolution erinnern, seien willkommen. Dieselben Grundsätze sollen auch für das Fernsehen gelten.

Kulturminister Hussein Saffar Harandi, erläuterte, „Gewalt und Dekadenz" sollen der Verordnung zufolge auch vom Bildschirm verbannt werden. „Dekadente und dumme" Filme würden ebenso verboten, wie solche, die die Religion und die Kultur des Volkes beleidigen, zitierte die studentische Nachrichtenagentur ISNA den Minister. Die staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten wurden verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten einen detaillierten Bericht über die Umsetzung der Verordnung vorzulegen.

Es wird abzuwarten sein, ob diese „Kulturpolitik" der neuen Regierung auch auf die gesamte Musik- und Filmbranche übertragen wird oder nur auf die staatlichen Anstalten beschränkt bleibt. In der Bevölkerung wurden die neuen Verordnungen des Staatspräsidenten vorerst ignoriert. In den Geschäften wurden weiterhin CDs ausländischer Künstler verkauft und viele Autoinsassen hörten nach wie vor HipHop und Country-Musik, während im staatlichen Rundfunk ausschließlich iranische Musik zu hören war. Es ist kaum vorstellbar, dass insbesondere Jugendliche sich dieser Verordnung beugen werden. Dasselbe gilt für Fernsehfilme. Ohnehin schauen sich die meisten Iraner ausländische Sendungen an, die sie über Parabolantennen empfangen. Auf der anderen Seite wird die Verordnung ohne Zweifel die Zensurbehörde dazu veranlassen, noch strenger als bisher Film- und Musikproduzenten, Presse und Verlage unter die Lupe zu nehmen.

Justizchef Schahrudi: Man soll nicht jeden gleich ins Gefängnis werfen

Zwischen der Regierung, einigen Abgeordneten im Parlament und der Justiz eskalieren die Auseinandersetzungen. Die Regierung hat der Korruption den

Kampf angesagt und die Justiz aufgefordert, endlich ernsthaft gegen alle vorzugehen, die sich am Volkseigentum bereichert haben. Die Justiz hat zwar Prozesse angekündigt, weigert sich jedoch die Namen der Betroffenen zu veröffentlichen. In Wirklichkeit geht es aber bei diesen Auseinandersetzungen um Machtkämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen im Lager der Konservativen, vor allem zwischen der alten Garde, wozu auch Ex-Staatspräsident Rafsandjani und sein Clan gehören und den jüngeren, die sich um den neuen Staatspräsident Ahmadinedschad versammelt haben. Jede Seite versucht nun bei der Öffentlichkeit zu punkten. In diesem Zusammenhang sind auch die jüngsten Äußerungen des Justizchefs Haschemi Schahrudi zu sehen.

Das Gefängnis gehöre zu den schlimmsten Arten der Strafe, sowohl für den Beschuldigten als auch für dessen Familie, sagte Schahrudi. Das Problem liege darin, dass die Gesetze für jede Straftat nur Gefängnisstrafen vorsehen. Deshalb seien die Gefängnisse überfüllt. „Ich bin der Meinung, dass Haftstrafen für Leute, die zum Beispiel unbeabsichtigt einen Unfall verursacht oder ohne betrügerische Absichten einen ungedeckten Scheck ausgestellt haben, der islamischen Rechtsauffassung widersprechen. Denn eine Gefängnisstrafe verletzt die Ehre der Menschen und bringt für deren Familien, die sie zu versorgen haben, zahlreiche Probleme."

Die Haftstrafe dürfe nur erfolgen, wenn sie den Behörden notwendig erscheine und wenn die Begründung mit islamischem Recht übereinstimme, erklärte der Justizchef. Es bedürfe deshalb einer dringenden Änderung der Gesetze. Er habe einen entsprechenden Entwurf dem Parlament vorgelegt.

Machtkampf im Lager der Konservativen hat bereits die Straße erreicht

Der Machtkampf, der seit der Amtsübernahme der Regierung Ahmadinedschads im Lager der Konservativen ausgebrochen ist und zu mehreren Spaltungen geführt hat, hat bereits die Straßen erreicht. Am 23. Dezember haben einige Teilnehmer nach dem Freitagsgebet in der heiligen Stadt Ghom eine Demonstration zugunsten Ahmadinedschads und gegen das Parlament und die Justiz veranstaltet. Sollten die Intrigen, die Verbreitung von Lügen und Unwahrheiten



und der Verrat gegen die Regierung anhalten, werde man es den Betreffenden, gleichgültig welchen Rang und Namen sie hätten, heimzahlen, drohten die Demonstranten.

Die meisten Teilnehmer gehörten der berühmten theologischen Schule der Stadt Ghom an. Sie erklärten, dass sie die Solidarität mit der Regierung Ahmadinedschads als ihre „religiöse Pflicht“ betrachten und bereit seien „bis zum letzten Blutstropfen“ diese Regierung zu verteidigen. Die Justiz weigere sich, die „goldene Chance“, die die Regierung ihr angeboten habe, wahrzunehmen und die „korrupten Verbrecher“ zu verfolgen, hieß es in der Resolution, die auf der Abschlusskundgebung verlesen wurde. Auch Parlamentsabgeordnete aus der konservativen Fraktion der „Prinzipientreuen“ wurden aufgefordert, „den Verschwörungen und Intrigen“ Einhalt zu gebieten und dafür zu sorgen, dass die Regierungsvorlagen rasch verabschiedet werden. Die Demonstranten dankten Gott, dass er „einen Mann an die Spitze der Regierung gesetzt hat, der völlig selbstlos im Dienste des Volkes und des Glaubens“ stehe.

In der Resolution wurde auch der neue Kurs in der Außenpolitik hoch gepriesen. Die Vorgängerregierung unter Chatami habe acht Jahre lang eine passive Politik des „Bittens und Bettelns“ verfolgt, während Ahmadinedschad endlich eine aktive Politik eingeschlagen, die Ehre des Islam gerettet und auf internationaler Ebene einige Fragen und Vorschläge vorgelegt habe, die „auf der einen Seite von den Völkern, insbesondere den islamischen, die auf der Suche nach Wahrheit sind, mit großem Interessen aufgenommen wurden und auf der anderen Seite bei Unterdrückern Verwirrung ausgelöst und sie zum Teil sogar zum Rückzug gezwungen hätten. (Gemeint sind die Stellungnahmen Ahmadinedschads zum Holocaust und sein Vorschlag, Israel nach Europa umzusiedeln.)

Hohe Gefängnisstrafen für Studentenführer

Der Verein Islamischer Studenten an der Technischen Universität Amir Kabir hat in einem offenen Brief die in diesen Tagen verhängten hohen Gefängnisstrafen für einige Studentenführer scharf kritisiert. Um Ängste zu erzeugen und die Studentenbewegung einzu-

schüchtern sei in den letzten Jahren „die eiserne Faust“ gegen die Studenten eingesetzt worden, heißt es in dem Brief. „Nach jeder gesellschaftlichen und politischen Krise, zu deren Bewältigung der Staat nicht fähig war, wurden die islamischen Studentenvereine und ‚Tahkim-e wahdat‘ (Festigung der Einheit - die größte Studentenorganisation des Landes) beschuldigt, Aufruhr gestiftet zu haben. Zahlreiche Studenten wurden in Haft genommen. Sie wurden in den Gefängnissen bestialisch behandelt, zu selbst bezichtigenden Interviews gezwungen und am Ende gegen hohe Kautionen freigelassen.“

Jetzt, nachdem die radikalste Gruppe die Regierung übernommen habe und man Proteste der Studenten gegen die Unfähigkeit der Regierung, die innen- und außenpolitischen Probleme zu lösen, befürchte, sollen hohe Haftstrafen die Studenten zum Schweigen zwingen, erklärte der Verein Islamischer Studenten. Führende Mitglieder von „Tahkim-e wahdat“ seien in Geheimprozessen zu „inhumanen und antiislamischen“ Strafen verurteilt worden.

Dem offenen Brief zufolge wurden Ali Afschari zu sechs Jahren, Abdollah Moameni zu fünf Jahren, Akbar Etri zu fünf Jahren, Ahmad Faradji zu drei Jahren, Amir Balai zu einem Jahr und Farid Modaressi zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Weitere Studenten wurden zum Teil für mehrere Semester exmatrikuliert.

EU wirft Iran anhaltende Menschenrechtsverletzungen vor

Die Europäische Union hat Iran anhaltende und schwere Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen. Sie reichen von Pressezensur bis zu Hinrichtungen von Kindern.

„Die EU ist tief besorgt, dass sich die Menschenrechtslage in Iran in den vergangenen Jahren nicht deutlich verbessert hat und dass sie sich teilweise sogar verschlechtert hat“, hieß es in einer EU-Erklärung vom 20. Dezember. Es gebe Berichte über Folter. Die EU mache sich zudem Sorgen über die Behandlung von Minderheiten in Iran und die häufige Anwendung der Todesstrafe schon bei geringfügigen Delikten. „Iran hat 2005 mehr Kinder hingerichtet, als in irgendeinem Jahr zuvor“, erklärt die EU.



Die Kritik wurde am Vorabend neuer Gespräche zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit Vertretern Irans über das iranische Atomprogramm in Wien veröffentlicht.

Bereits am 17. Dezember hatten die Regierungschefs der 25 EU-Staaten den iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad für dessen Leugnung des Holocaust verurteilt. Die Äußerung Ahmadinedschads, die Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten sei ein Mythos, erklärten die Regierungschefs: „Diese Kommentare sind vollkommen inakzeptabel und haben keinen Platz in einer zivilisierten politischen Debatte.“

Vorschlag für eine islamische Konvention der Menschenrechte

Mohammad Dehghan, Mitglied des Rechtsausschusses im islamischen Parlament, hat vorgeschlagen, für die gesamte islamische Welt eine islamische Konvention der Menschenrechte zu erstellen. „Angesichts der Existenz von 1,4 Milliarden Muslime in der Welt und in Anbetracht der hohen Zivilisation und Kultur des Islam sowie ausgehend von der Tatsache, dass sich die Auffassung von Menschenrechten im Islam von der im Westen grundsätzlich unterscheidet, ist es notwendig geworden, eine islamische Konvention der Menschenrechte zu erstellen“, sagte Dehghan. „Heute dürsten die Völker nach geistigen Werten. Wir stellen auch fest, dass die Neigung zum Islam besonders stark geworden ist. Eine islamische Konvention der Menschenrechte kann eine engere Bindung zwischen den Muslimen herstellen und für die gesamte Menschheit ein Vorbild für Liebe zu Gott und Gerechtigkeit darstellen.“

Polizeichef dementiert Anschlag auf Ahmadinedschad

Der Chef der iranischen Polizei, Ismail Ahmadi-Mghaddam, hat kategorisch ausgeschlossen, dass der am 15. Dezember erfolgte Anschlag, bei dem ein Leibwächter Ahmadinedschads getötet wurde, dem Präsidenten gegolten habe.

Wie das staatliche Fernsehen berichtete, seien die Angreifer „Banditen“ gewesen. Neben dem Leibwächter sollen ein Fahrer und ein weiterer Leibwächter verletzt worden sein. Der Angriff fand während eines Besuchs des Staats-

präsidenten in der Provinz Sistan-Belutschistan, auf der Straße von Tschahbahar nach Sabol statt. Die Sicherheitsleute hätten mehrere Stunden vor der Durchfahrt von Ahmadinedschads Fahrzeugkolonne in dem Gebiet Kontrollen durchgeführt. Einer der Angreifer sei getötet, ein anderer festgenommen worden.

„Die Täter wussten nicht einmal, dass in den Autos Leibwächter des Präsidenten waren“, sagte der Polizeichef. Die Wagenkolonne sei unterwegs gewesen, um eine Feier für den Präsidenten vorzubereiten, der üblicherweise per Hubschrauber unterwegs sei. Der Polizeichef machte Drogenhändler und Schmuggler für den Angriff verantwortlich. Auch Regierungssprecher Gholam-Hossein Elham wies Spekulationen, der Angriff könnte dem Präsidenten gegolten haben, zurück. Seinen Angaben zufolge plante der Präsident nicht, die Straße zu benutzen, auf der sich die Schießerei ereignete.

Gandjis Gesundheitszustand alarmierend

Wie die Ehefrau des iranischen Dissidenten Akbar Gandji der Presse mitteilte, ist der Gesundheitszustand ihres Mannes „alarmierend“. Der kritische Journalist Gandji befindet sich seit April 2000 im Gefängnis. Er wurde wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten und Gefährdung der Sicherheit des Landes“ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Der eigentliche Grund seiner Bestrafung waren jedoch seine kritischen Artikel und Bücher, in denen er nachgewiesen hatte, dass Mitglieder der Staatsführung in mehrere Morde an Schriftstellern und Intellektuellen verwickelt waren.

Nach 122 Tagen Isolationshaft hätten sich die Erkrankungen ihres Mannes verschlimmert, sagte Massumeh Schafii. Ihr Mann leide an Verdauungsproblemen und werde dennoch nicht behandelt. Er wiege nur noch 50 Kilogramm. Offiziell endet Gandjis Haftzeit am 21. März. Obwohl Gandji infolge von Misshandlungen seit längerem unter schweren Krankheiten leidet und Regierungen und bekannte Persönlichkeiten aus aller Welt seine Freilassung gefordert haben, weigert sich die Justiz, ihn vorzeitig zu entlassen.



II. Wirtschaft

Das Jahrhundert-Geschäft mit China

Am 17. Dezember traf eine Delegation aus China in Teheran ein, um über einen Vertrag, der die Lieferung von Erdöl und Erdgas im Werte von 100 Milliarden Dollar von Iran nach China vorsieht, zu verhandeln. Sollte dieser Vertrag tatsächlich zustande kommen, wäre er das größte Wirtschaftsabkommen, das Iran in seiner bisherigen Geschichte mit einer ausländischen Regierung vereinbart hat.

Der Staatssekretär im iranischen Ölministerium, Hadi Nejad Hosseinian, erklärte gegenüber dem staatlichen Fernsehen in Teheran, der Vertrag werde wahrscheinlich so gestaltet sein, dass der Investor nach Fertigstellung des Projekts das investierte Kapital plus einer gewissen Gewinnbeteiligung zurückbekommen werde. Demgegenüber äußerte der neue Ölminister Kazem Vaziri Hamaneh die Ansicht, solche Verträge seien problematisch. Doch Hosseinian entgegnete, man könne die Probleme durch gewisse Änderungen und ohne größeren Zeitverlust beseitigen. Dies sei der beste Weg, um rasch ans Ziel zu gelangen.

Das große Geschäft mit China hat auch einen politischen Aspekt. Teheran hofft, durch die größere wirtschaftliche Einbindung Chinas im Streit um das iranische Atomprogramm mehr Unterstützung aus Peking zu erhalten. Die chinesische Regierung hat bisher den diplomatischen Kurs unterstützt und sich gegen die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats ausgesprochen. Dennoch ist sich Teheran nicht sicher, dass die Chinesen im Ernstfall ihre Beziehungen zu den USA, auch zur EU und Israel, wegen des Handels mit Iran aufs Spiel setzen würden.

Peking hat die Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschads gegen Israel kritisiert. Das Land sei gegen jeden Schritt, der den Frieden in der Welt bedrohe, hieß es in einer Stellungnahme der chinesischen Regierung. Die Beziehungen zwischen Peking und Tel Aviv sind gut.

Sollte der Vertrag mit Teheran zustande kommen, wäre dies die größte Investition Chinas im Ausland. China hat bereits 2003 Japan als zweitgrößtes Importland für Öl überholt. Im Jahr 2004 steigerte sich Chinas Ölimport um

15 Prozent, während sich die Ölproduktion im eigenen Land lediglich um zwei Prozent steigerte.

Nach Einschätzung von Experten importiert China zurzeit täglich zwischen zweieinhalb und drei Millionen Barrel Öl. Bis zum Jahr 2010 soll Chinas Ölimport die Höhe von täglich fünf bis zehn Millionen Barrel erreichen. Den größten Teil seines Ölbedarfs bezieht China aus den Golfstaaten und aus Afrika.

Russland verkauft Iran für eine Milliarde Dollar Luftabwehrraketen

Mitten in dem internationalen Wirrwarr um das iranische Atomprogramm unterzeichneten Teheran und Moskau ein Abkommen über ein Rüstungsgeschäft im Wert von einer Milliarde Dollar. Es handelt sich um den Verkauf von taktischen Luftabwehr-Raketensystemen. Iran soll 29 Raketensysteme vom Typ TOR-M1 erhalten, mit denen niedrig fliegende Flugzeuge und Lenk Waffen abgeschossen werden können. Die Lieferung im Wert von einer Milliarde Dollar ist das größte Rüstungsgeschäft mit Iran seit fünf Jahren. Wie die russische Presse berichtete, hat Russlands Verteidigungsminister Sergej Iwanow bestätigt, dass das Geschäft bereits vertraglich festgelegt sei.

Laut Vertrag sollen die Raketen innerhalb der nächsten zwei Jahre geliefert werden. Mit dem Raketentyp TOR-M1 lassen sich gleichzeitig 48 Ziele bis zu einer Höhe von 6000 Metern verfolgen und zwei Ziele abschießen. Politische Beobachter vermuten, dass Iran die Raketen vor allem benötigt, um mögliche Angriffe gegen seine Atomanlagen abwehren zu können.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und Teheran haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Der erste Atomreaktor Irans bei Buschir, der 2006 in Betrieb genommen werden soll, wird mit russischer Hilfe gebaut. Der Bau weiterer Reaktoren mit russischer Beteiligung ist geplant.

Das Waffengeschäft hat scharfe Proteste aus den USA hervorgerufen. „Es ist wichtig daran zu erinnern, dass Iran ein staatlicher Finanzier des Terrorismus ist, dass er sich in Handlungen verwickelt hat, die wir für feindlich und nicht hilfreich halten, und dass wir den angekündigten Verkauf in die-



sem Zusammenhang betrachten", sagte Adam Erli, ein Sprecher des Außenministeriums, in Washington. Dieses Geschäft diene weder den Interessen der USA noch denen der Region. Erli kündigte an, die USA würden diese Frage mit Russland besprechen.

Iwanow wies den Vorwurf aus Washington zurück. Die Raketensysteme dienten nur der Verteidigung und würden keineswegs das militärische Gleichgewicht in der Region stören. Der Verkauf widerspreche weder den russischen noch internationalen Vorschriften.

Verseuchte Luft in Teheran: hunderte Menschen im Krankenhaus, Ämter und Schulen acht Tage geschlossen

Während der ersten Dezemberhälfte wurden 908 Personen wegen Herzbeschwerden und weitere 710 Personen wegen Atembeschwerden in die Krankenhäuser der Hauptstadt Teheran eingeliefert. Der überwiegende Teil konnte ambulant behandelt werden. 344 Personen mit Herzbeschwerden und 179 mit Atembeschwerden wurden zur stationären Behandlung aufgenommen. Die Ärzte bestätigten, dass die Beschwerden auf die starke Zunahme der Luftverschmutzung zurückzuführen seien.

Am 6. Dezember wurden sämtliche Schulen und Kindergärten wegen hoher Luftverschmutzung zunächst für zwei Tage geschlossen. Der staatliche Rundfunk appellierte an die Bevölkerung, nicht mit dem Auto zur Arbeit zu fahren und den öffentlichen Nahverkehr zu benutzen. Schon in den frühen Morgenstunden gab es mehrfach Smog-Alarm, der wolkenlose Himmel war kaum zu sehen. In den darauf folgenden Tagen verschlechterte sich die Lage, so dass neben den Schulen und Kindergärten auch die staatlichen Ämter für mehrere Tage geschlossen wurden. Selbst die Vögel, Raben und Spatzen, flohen aus der Stadt.

Die Hauptursache der Luftverschmutzung liegt im Teheraner Autoverkehr. Nach Schätzung von Experten stammen 70 Prozent der Schadstoffemissionen von Fahrzeugen. Es gibt in Teheran weit mehr Autos als die Stadt verkraften kann. Ungeachtet dieser Situation werden immer mehr Autos produziert, deren Umweltverträglichkeit gemessen an internationalen Normen weit unter dem Durchschnitt liegen. Mit Recht beschwerten sich in diesen Tagen die Te-

heraner über die Autohersteller. „Von uns wird verlangt, dass wir unsere Autos, die wir für teures Geld gekauft haben, nicht benutzen. Aber die Autohersteller dürfen weiterhin schlechte Autos produzieren“, sagen die Leute.

Etwa die Hälfte der mehr als sechs Millionen Autos, die es zurzeit in Iran gibt, verkehren in der Hauptstadt. Ein Untersuchungsausschuss des Parlaments hat festgestellt, dass der Benzinverbrauch bei den in Iran hergestellten Autos fast doppelt so hoch ist wie der internationale Durchschnittsverbrauch.

Aber das Problem liegt nicht allein bei den Neuwagen. Die meisten Autos, die in Teheran unterwegs sind, sind über 20 Jahre alt. Nicht selten sieht man Autos, die zwischen dreißig und vierzig Jahre alt sind. Da es in Iran keine Einrichtung wie „TÜV“ gibt, besteht kaum die Möglichkeit, diese Fahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen. Sie verbrauchen enorm viel Benzin und verseuchen weit mehr als neue Fahrzeuge die Luft. Alle Bemühungen der Regierungen, die Zunahme der Verschmutzung der Luft zu stoppen, sind bisher gescheitert. Im Laufe der letzten Jahre wurden insgesamt rund zehntausend alte Autos aus dem Verkehr gezogen. Es war geplant, in diesem Jahr (bis 21. März) zweihunderttausend Fahrzeuge still zu legen. Doch die zuständigen Behörden haben bisher lediglich zehntausend Fahrzeuge aus dem Verkehr zwingen können. Es wird kaum erwartet, dass in den verbliebenen drei Monaten mehr als weitere zehntausend stillgelegt werden können.

Teheran versucht schon seit Jahrzehnten mit der Überlastung des Verkehrs fertig zu werden. Bereits im Jahr 1980 wurde ein Teil des Stadtzentrums für Privatfahrzeuge gesperrt. Neben öffentlichen Verkehrsmitteln dürften nur Fahrzeuge mit Sondererlaubnis die gesperrten Gebiete befahren. Diese Maßnahme, die nach wie vor in Kraft ist, brachte jedoch keine große Entlastung, weil zahlreiche Autofahrer durch Bestechung in den Besitz einer Sondererlaubnis kamen.

Autofahrer warfen der Stadtverwaltung vor, sich zuwenig um den Bau neuer Straßen gekümmert und die Stadtautobahnen nicht der Zunahme der Fahrzeuge entsprechend ausgebaut zu haben. Inzwischen betragen die Teheraner Schnellstraßen eine Länge von 300 Ki-



lometer. Doch es scheint, dass das Problem eher darin liegt, dass die Stadt nicht in der Lage ist, den Autofahrern mit den öffentlichen Verkehrsmitteln eine Alternative zu bieten. Dies fiel besonders nach der neuen Maßnahme auf, die seit Mitte Dezember in Kraft trat. Demnach wird täglich die Hälfte der Fahrzeuge dadurch aus dem Verkehr ausgeschlossen, dass abwechselnd nur Fahrzeuge mit geraden und ungeraden Autonummern Fahrerlaubnis erhalten. Das Ergebnis ist, dass sich nun während des Berufsverkehrs an den Bushaltestellen lange Schlangen bilden. Die Menschen sind genervt. Die meisten kommen viel zu spät zu ihrer Arbeit. Teheran braucht mehr und modernere Verkehrsmittel. Der Ausbau des U-Bahn-Netzes geht sehr schleppend voran. Es gibt viel zu wenige Omnibusse, die zudem auch noch sehr alt sind.

Indien und Pakistan einig über Gaspipeline

Indien und Pakistan haben sich über den Bau einer Gaspipeline von Iran nach Indien geeinigt. Die Pipeline, deren Kosten auf sieben Milliarden Dollar geschätzt werden, soll im Jahr 2007 in Angriff genommen und bis 2010 fertig gestellt werden.

Gemäß der Vereinbarung zwischen den beiden Staaten wird Indien zunächst täglich 60 Millionen Kubikmeter Gas durch die 2600 Kilometer lange Pipeline geliefert bekommen. Die Menge soll innerhalb von zwei Jahren auf täglich 90 Millionen Kubikmeter erhöht werden. Ahmad Waghar, Sprecher des pakistanischen Ölministeriums, erklärte, sein Land werde mit dem Import von täglich 30 Millionen Kubikmeter beginnen und die Menge bis zum Jahr 2013 verdoppeln.

Es wurde vereinbart, dass die drei beteiligten Staaten Iran, Pakistan und Indien Anfang Februar 2006 in einer gemeinsamen Sitzung die Verhandlungen über das gemeinsame Projekt fortsetzen. Bisher hatte es nur bilaterale Verhandlungen gegeben. Wie ein Vertreter Indiens bekannt gab, sollen die Verhandlungen bis April 2006 zum Abschluss gebracht und die Verträge unterzeichnet werden.

Indien und Pakistan wollen bis Anfang Februar 2006 alle Details geklärt haben. Es geht vor allem um die Höhe der Transitkosten, die Pakistan zukommen,

um den genauen Verlauf der Pipeline und um die Festlegung des Gaspreises. Eine Expertengruppe wurde eingesetzt, um zu allen finanziellen, juristischen und technischen Fragen Vorschläge vorzulegen.

Der Vorschlag, eine Gaspipeline durch Pakistan nach Indien zu bauen, wurde bereits 1994 von iranischer Seite den beiden Staaten unterbreitet. Doch dem Projekt standen zwei wichtige Hindernisse im Weg. Erstens der Druck aus den USA auf Indien und Pakistan. Die USA haben bereits vor 26 Jahren im Zusammenhang mit der Geiselnahme an der amerikanischen Botschaft in Teheran ein Wirtschaftsembargo gegen Iran verhängt. Seitdem versuchen sie, alle Staaten an größeren Geschäften mit Iran zu hindern. Doch Indien, dessen Wirtschaft ein Wachstum von mehr als sechs Prozent aufweist, ist zunehmend auf Energieeinfuhr angewiesen. Zurzeit muss Indien 65 Prozent seines Energiebedarfs aus dem Ausland einführen. Demzufolge hatte Indiens Ministerpräsident bereits im Juli 2005 erklärt, sein Land werde trotz guten Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf den Handel mit Iran nicht verzichten.

Die zweite Hürde bildete die langjährige Feindschaft zwischen Indien und Pakistan. Da die Pipeline durch Pakistan gebaut werden soll, befürchtete Indien, Pakistan würde im Bedarfsfall mit dem Abbruch der Gaslieferung drohen und dies als ein Druckmittel gegen Indien einsetzen. Doch es scheint, dass die seit geraumer Zeit erfolgte Annäherung zwischen den beiden Staaten die Bedenken ausgeräumt hat. Im Hinblick auf diese Entwicklung soll das Projekt den Namen „Pipeline des Friedens“ tragen.

Kapitalflucht in die Vereinigten Arabischen Emirate

Die tiefe Krise in der iranischen Börse, die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit, die seit der Amtsübernahme der Regierung Ahmadinedschads stark zugenommen hat und nicht zuletzt der Konflikt um das iranische Atomprogramm haben die Kapitalflucht ins Ausland erheblich verstärkt.

Allein in den Vereinigten Arabischen Emiraten sind inzwischen mehr als zehntausend iranische Gesellschaften mit einer Gesamtinvestition von rund



200 Milliarden Dollar registriert. Dabei ist Iran selbst mit seiner hohen Inflationsrate und Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Armut, auf Investitionen angewiesen. Iran hat in den letzten Jahren versucht, durch neue Gesetze und Verordnungen ausländische Unternehmer zu mehr Investitionen zu ermuntern. Doch der radikale Kurs, den die neue Regierung in der Außenpolitik, auch in der Innenpolitik eingeschlagen hat, hat nicht nur ausländische Investoren abgeschreckt, sondern auch das inländische Kapital zur Flucht getrieben.

Rund zwei- bis dreihunderttausend Iraner leben in den Emiraten. Die geographische Nähe und die unproblematische Ein- und Ausreise verlockt auch zahlreiche Iraner zu einem Kurzbesuch. Das sind nicht nur Touristen, sondern auch Geschäftsleute, die in den Emiraten Handel treiben oder auch in produktiven Bereichen ihr Kapital investieren. Die Zahl der Iraner, die sich kurzfristig in den Emiraten aufhalten, wird auf 800.000 geschätzt. Das ist ein Viertel aller Personen, die jährlich aus Iran ins Ausland reisen. Bis vor kurzem standen die Türkei und Syrien als Reiseziel der Iraner an erster Stelle. Inzwischen haben die Emirate, insbesondere die Hafenstadt Dubai, sie überholt.

220 Hektar Wald verbrannt

Bei dem Großbrand Mitte Dezember in den nördlichen Provinzen Golestan, Mazandaran und Gilan wurden 220 Hektar Wald vernichtet. Ausflügler hätten nicht darauf geachtet, das von ihnen angezündete Feuer vollständig zu löschen, sagte der Leiter des Amtes für Naturschutz der Provinz Golestan. Die noch trockenen Blätter im Herbst, die Höhe der Temperatur um 27 Grad und ein starker Wind hätten die schnelle Ausbreitung des Feuers begünstigt.

III. Außenpolitik

Atomverhandlungen ohne Ergebnis

Wie erwartet ging das Sondierungsgespräch am 21. Dezember in Wien zwischen Iran und dem EU-Trio Deutschland, Frankreich, Großbritannien über das iranische Atomprogramm ohne Ergebnis zu Ende. Beschlossen wurde lediglich, sich zu einem weiteren Gespräch im Januar zu treffen. Frankreichs Delegationsführer Stanislaw Laboulaye bezeichnete die Gespräche als „offen und ehrlich“, womit er vermutlich zum Ausdruck bringen wollte, dass beide Seiten ihre Standpunkte klar formuliert hätten. Diese scheinen nach wie vor unüberbrückbar zu sein.

Iran besteht darauf, den gesamten nuklearen Brennstoffkreislauf im eigenen Land zu produzieren. Außenminister Manuchehr Mottaki hatte bereits im Vorfeld der Gespräche vor Journalisten in Teheran erklärt, sein Land werde sich bei Verhandlungen „auf keinerlei Bedingungen einlassen“. Iran wolle keine „Verhandlungen um der Verhandlungen willen“, sondern „über das Ziel, nukleare Technologie in Iran zu erhalten“, sagte der Minister. Sein Land wolle nicht nur die Uranumwandlung in Isfahan fortsetzen, sondern auch an der Entwicklung und dem Bau von Gaszentrifugen weiterarbeiten. Diese Zentrifugen dienen zur Anreicherung von Uran und des nuklearen Brennstoffs, der sowohl für den Betrieb von Atomkraftwerken als auch für den Bau von Atombomben verwendet werden kann.

Dem Standpunkt Irans entgegengesetzt verlangen die Europäer und noch mehr die USA die dauerhafte und endgültige Aussetzung der Urananreicherung. Die Atomgespräche waren im vergangenen August abgebrochen worden, nachdem Iran die Uranumwandlung in der Anlage in Isfahan wieder aufgenommen hatte. Die Europäer drohten, dem harten Kurs der USA folgend, mit der Einschaltung des UN-Sicherheitsrats, stießen dabei jedoch auf den Widerstand Chinas und Russlands. Beide Staaten pflegen intensive Wirtschaftsbeziehungen zu Iran.

Um den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen, schlug Moskau vor, Iran die Umwandlung von Uran im eigenen Land zu erlauben, die Anreicherung und die Herstellung des Brennstoffs jedoch in Russland vorzunehmen. Die USA und die EU stimmten dem Vorschlag zu, wohl



wissend, dass Iran ihn ablehnen werde. Damit würde auch Russland nichts anderes übrig bleiben, als Sanktionen des UN-Sicherheitsrats gegen Iran zuzustimmen.

Tatsächlich lehnte Iran Moskaus Vorschlag ab. „Wir begrüßen jede Initiative“, sagte Hossein Entezami, Sprecher des nationalen Sicherheitsrats Iran in einem Interview mit der Tageszeitung „Schargh“. „Wir werden jedoch keinen Vorschlag akzeptieren, der Iran das verbriefte Recht verwehrt, den Brennstoff zur friedlichen Nutzung der Atomenergie im eigenen Land herzustellen.“

Außenminister Mottaki sagte während eines Kurzbesuchs am 26. Dezember in der afghanischen Hauptstadt Kabul, sein Land müsse sich von niemandem die Erlaubnis zur Nutzung von Atomtechnologie geben lassen. „Wir akzeptieren weder globale Atomapartheid noch wissenschaftliche Apartheid.“ Das Recht des Landes auf die friedliche Nutzung der Atomenergie werde von vielen Ländern unterstützt, die Pläne Irans seien transparent.

Den letzten Meldungen zufolge hat Iran zwar die Bereitschaft signalisiert, über den russischen Vorschlag zu verhandeln, aber gleichzeitig erklärt, die eigene Position nicht aufgeben zu wollen. Dschawad Walidi, Vize-Chef des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, hat am 30. Dezember erklärt, die Bereitschaft, über den russischen Vorschlag zu reden, bedeute nicht, dass Iran auf sein Recht zur Urananreicherung im eigenen Land verzichte. Iran habe Gesprächen über den russischen Vorschlag unter der Annahme zugestimmt, dass dieser iranische Pläne für einen geschlossenen Brennstoffkreislauf einschließlich der Urananreicherung im eigenen Land nicht beeinträchtige, sagte Walidi der halbamtlichen Nachrichtenagentur Fars.

Entezami: Wiederaufnahme der Verhandlungen sind diplomatischer Sieg Irans

In einem Interview mit der Tageszeitung „Schargh“ bezeichnete Entezami die Lage als „optimistisch“. Das Eis sei gebrochen, die Europäer hätten sich wieder an den Verhandlungstisch begeben, obwohl Iran die Uranumwandlung in Isfahan fortgesetzt habe. Es habe sich gezeigt, dass die Forderung, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten,

juristisch unhaltbar und praktisch undurchführbar sei. „Das allein ist für uns ein diplomatischer Sieg“, sagte Entezami. „Die Europäer haben endlich verstanden, dass wir es ernst meinen.“ Das sei aber kein Grund, um übermütig zu werden. Nun müssten die nächsten Schritte genau erwogen und festgelegt werden. Jedenfalls habe die Entwicklung jene Politiker im Inland widerlegt, die empfohlen hätten, mehr Kompromissbereitschaft zu zeigen und die Anlage in Isfahan stillzulegen. Iran dürfe nicht emotional handeln, aber auch nicht auf sein verbrieftes Recht der Urananreicherung verzichten.

Auf die Frage, ob es doch nicht irgendwann zu einer militärischen Intervention kommen könnte, sagte Entezami, die Drohungen müssen eher dem Bereich der Psychologie zugeordnet werden. „Wer will uns angreifen? Israel etwa? Das Land ist zurzeit mit innenpolitischen Auseinandersetzungen beschäftigt. Die Drohungen gegen Iran haben mit dem Wahlkampf in Israel zu tun. Außerdem wurden sie in den letzten Wochen dementiert.“ Israel sei nicht in der Lage Iran anzugreifen. Abgesehen davon könne Israel niemandem plausibel machen, dass ein Land, das selbst illegal Atombomben produziert, ein anderes Land angreift, von dem behauptet wird, es habe die Absicht, Atombomben herzustellen. Schließlich sei auch Israel bekannt, dass Iran durchaus in der Lage sei, einen solchen Angriff abzuwehren.

Auch die USA seien nicht in der Lage, Iran militärisch anzugreifen, sagte Entezami. Die US-Streitkräfte seien im Irak und Afghanistan gebunden. Selbst dort sei Washington nicht in der Lage, die beiden Länder unter Kontrolle zu bringen. Dabei sei ein Krieg gegen Iran weit problematischer als gegen diese Länder. Washington könne sich nicht leisten, mit atomaren und biologischen Waffen gegen Iran vorzugehen. Es müsste schon seine Streitkräfte, die allerdings mit modernen Waffen gerüstet seien, einsetzen. „Alle, die meinen, die USA würden Iran angreifen, haben wenig Ahnung von dem Kräfteverhältnis und lassen die innen- und außenpolitischen Zwänge Washington außer Acht.“

Entezami forderte, die Verhandlungen auf „technische und juristische Fragen“ zu konzentrieren und die Politisierung des Streits zu unterlassen. Obwohl die Gegner versucht hätten,



durch einen massiven Propagandafeldzug das Gegenteil zu beweisen, habe die Welt gemerkt, dass Iran vernünftig handle und im Recht sei. „Wir haben die Nerven behalten, haben alles getan, um Vertrauen zu gewinnen. Wir haben freiwillig unsere Anlagen stillgelegt, haben das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, haben es, obwohl es vom Parlament nicht ratifiziert war, in Kraft gesetzt und unsere Anlagen für die Inspektoren der internationalen Atombehörde geöffnet und wir haben schließlich ausländischen Investoren angeboten, sich an unserem Atomprogramm zu beteiligen.“

Auf die Frage, warum Iran nicht direkt mit der USA verhandle, sagte Entzami: „Wir haben keine Hemmungen direkt mit den USA zu verhandeln. Verhandlungen mit Washington gehören nicht einmal zu unseren ‚roten Linien‘. Wir haben in den letzten Jahren nur eine Vorbedingung aufgestellt oder besser von einer „notwendige Voraussetzung“ gesprochen: Washington müsste es unterlassen, Iran mit immer neuen Problemen zu belasten.“ Zudem sollten die USA ihre widersprüchliche Politik aufgeben. Wenn Unklarheiten in der Atompolitik strafbar seien, müsse gegen Südkorea, das ebenfalls das Zusatzprotokoll unterzeichnet habe, vorgegangen werden. Es sei auch nicht zu verstehen, warum Washington mit Indien ein Nuklearabkommen schließe, warum es Israel nicht dazu zwingt, seine Nuklearwaffen aufzugeben, sagte Entezami.

Zum Schluss ging Entezami auf die Frage ein, ob es sich für Iran überhaupt lohne, Atomreaktoren zu bauen: Die Nutzung der Atomenergie sei zu einer Zeit, in der Iran über reiche Ölquellen verfüge, vielleicht nicht wirtschaftlich. Aber die Quellen seien nicht unerschöpflich. Es sei nicht klug und logisch, so lange zu warten, um irgendwann auf dem Trockenen zu sitzen und von anderen Ländern abhängig zu sein. Auch Iran müsse seine Zukunft planen.

Iran wichtiges Thema im israelischen Wahlkampf

Der ehemalige israelische Ministerpräsident und neue Vorsitzende der Likud-Partei, Benjamin Netanjahu, versucht mit radikalen Stellungnahmen gegen Iran Wahlkampf zu machen. Völlig unverblümt erklärte er, Israel solle die

iranischen Atomanlagen aus der Luft angreifen, um die mögliche Entwicklung einer iranischen Atombombe in letzter Minute zu stoppen. „Ich werde die nächste Regierung anführen, um die iranische Bedrohung zu beenden.“

Israel, das selbst über Atomwaffen verfügt, empfindet eine mögliche Ausrüstung Irans mit Atomwaffen als existenzielle Bedrohung und nimmt diese zum Anlass, um seine eigene Atomkraft auszubauen. In diesem Zusammenhang ist wohl auch die umstrittene Lieferung zweier deutscher U-Boote an Israel zu sehen, die von der rot-grünen Bundesregierung kurz vor ihrer Ablösung noch gebilligt worden war. Medienberichten zufolge soll damit die atomare Abschreckung Israels auf See verstärkt werden.

Die israelische Zeitung „Maariv“ schrieb Anfang Dezember in ihrer Titelgeschichte unter der Überschrift „Die Wahlen und die Bombe“, das iranische Atomprogramm entwickle sich zum zentralen Thema des Wahlkampfes in Israel. Ministerpräsident Ariel Scharon äußerte sich bislang zu diesem Thema eher zurückhaltend. Er erklärte zwar, sein Land könne den möglichen Atomwaffenbesitz Irans nicht dulden, betonte jedoch, Israel bilde im internationalen Kampf dagegen keineswegs die Speerspitze.

1981 hatte der damalige israelische Ministerpräsident Menachem Begin die Luftwaffe zu einem vernichtenden Schlag gegen den im Bau befindlichen Atomreaktor Osirak im Irak eingesetzt. Netanjahu sagte dazu, er folge in der iranischen Frage der Tradition Begins. „Ich glaube, dass wir das machen sollten“.

Der israelische Generalstabchef Dan Haluz hatte die internationalen diplomatischen Bemühungen zur Lösung des Streits um das iranische Atomprogramm bereits für gescheitert erklärt. Im militärischen Bereich gebe es allerdings „einige Optionen“, sagte Haluz. Vor einem Parlamentsausschuss äußerte er die Ansicht, Iran sei in der Lage, innerhalb von drei Monaten den entscheidenden technischen Durchbruch bei der Entwicklung einer Atombombe zu schaffen. Bis kommenden März werde „Iran hinsichtlich der technologischen Fähigkeit zur Entwicklung von Nuklearwaffen den Punkt erreichen, von dem es kein Zurück mehr gibt.“ Allerdings müsse Iran noch eine „Anzahl von Hin-



dernissen" überwinden, so dass eine Atombombe frühestens im Jahre 2008 einsatzbereit wäre. Auf die Frage, wie weit Israel gehen würde, um eine Atommacht Iran zu verhindern, sagte Haluz, „2000 Kilometer, das ist die Entfernung zwischen Tel Aviv und Teheran“.

Verteidigungsminister Schaul Mofas reagierte verärgert auf die verbalen Drohgebärden, die eine Gefahr für die Staatssicherheit darstellten. „Die Äußerungen sind bar jeder nationalen Verantwortung“, sagte Mofas. „Wir müssen die Atomfrage vom Wahlkampf trennen.“

Die Regierung in Teheran hat Israel in scharfen Worten vor einem Angriff gewarnt. „Das zionistische Regime weiß, dass die iranische Reaktion verheerend sein würde, sollte es einen solchen schweren Fehler begehen“, erklärte Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi. Der Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats Ali Laridjani meinte dagegen, Teheran nehme die israelischen Drohungen nicht ernst. „Die Israelis haben schon früher derartige Drohungen vorgebracht. Wir haben das nie ernst genommen und tun das auch jetzt nicht. Es ist allen klar, dass Iran in der Lage ist, sich zu verteidigen.“

Revolutionsführer Chamenei empfiehlt Hamas, den bewaffneten Kampf fortzusetzen

Die vergangenen fünfzig Jahre hätten gezeigt, dass Verhandlungen mit Israel vergeblich seien, sagte Chamenei bei einem Treffen mit dem Hamas-Führer Khaled Meshal in Teheran. Allein der Widerstand führe zum Sieg. „Es war der bewaffnete Widerstand, der Israel gestern aus dem Libanon getrieben, heute zur Räumung des Gazastreifens gezwungen hat und so Gott will morgen aus Jerusalem hinauswerfen wird“, erklärte der Revolutionsführer.

Meshal bedankte sich bei der iranischen Staatsführung. Die Position der Islamischen Republik sei eine „Wiedergabe der inneren Gefühle der islamischen und arabischen Völker“, sagte er. Leider seien die Regierungen in den islamischen Ländern nicht mutig genug, um solche Positionen zu beziehen. Hamas werde niemals den Weg des Widerstands verlassen, versicherte Meshal dem Revolutionsführer.

USA prüfen Militärschläge gegen Iran

Nach einem Bericht des in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“ werden in Washington vor dem Hintergrund des Atomstreits mit Iran jetzt auch militärische Optionen erwogen, um Iran zum Einlenken zu zwingen. Unter Berufung auf NATO-Sicherheitskreise berichtet die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 28. Dezember, die westlichen Verbündeten seien davon in Kenntnis gesetzt worden, dass Armeeexperten noch einmal die iranischen Anlagen ins Auge fassen sollten, die als Ziel von Militärschlägen in Frage kämen.

Wenngleich nicht an eine Invasion gedacht sei, würden einzelne Aktionen wie Luftangriffe nicht ausgeschlossen. Die Planungen hierfür würden gegenwärtig aktualisiert, schreibt der Tagesspiegel. Der NATO-Partner Türkei habe bereits darüber berichtet, dass die USA sich auch auf die militärische Option vorbereiteten. Im Kreis der amerikanischen Verbündeten werde übereinstimmend aber nicht damit gerechnet, dass Militärschläge in allernächster Zeit bevorstünden.

Dennoch will sich Washington nach Informationen des „Tagesspiegel“ offenkundig nicht unabsehbar lange mit Verhandlungen hinhalten lassen. Die militärische Option zu diesem Zeitpunkt in die Öffentlichkeit zu bringen, solle den Druck bei den bevorstehenden Verhandlungen im Januar ein weiteres Mal erhöhen.

US-Regierung schließt Sicherheitsgarantien für Iran aus

Die amerikanische Regierung hat eine Nicht-Angriffsgarantie für Iran ausgeschlossen. Der Sprecher des US-Außenministeriums Adam Erli sagte in Washington, erst müsse sich Iran wie ein verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft verhalten. In der aktuellen Situation sei es jedoch nicht angebracht, die USA zu fragen, warum sie bestimmte Dinge nicht tun.

Erli nahm damit offenbar Bezug auf einen Vorschlag von Mohammad El Baradei, dem Generaldirektor der Internationalen Atombehörde (IAEA). El Baradei hatte die Ansicht vertreten, dass die USA Iran eine Sicherheitsgarantie geben müssten, um den ins Stocken gera-



tenen Verhandlungen um das iranische Atomprogramm zum Erfolg zu verhelfen.

Iran reagierte auf die Stellungnahme aus Washington mit den Worten, das Land habe solche „herablassende“ Garantien nicht nötig. Iran könne sich sehr gut selbst verteidigen, sagte der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats und Delegationsleiter bei den Atomverhandlungen, Ali Laridjani. Das Problem sei, dass Iran „von Ländern wie Israel“ umgeben sei, die im Besitz von Atombomben seien.

Laridjani erläutert die Grundzüge der iranischen Atompolitik

Vor einer Versammlung der politischen Leiter in der Organisation der Revolutionswächter erläuterte Ali Laridjani die iranische Strategie bei den Atomverhandlungen. „Seit dem Sieg der Revolution befinden wir uns mit den Amerikanern im Streit“, sagte er. Die USA hätten Iran immer bedroht. Selbst als der achtjährige Krieg mit dem Irak vorbei gewesen sei und die Beziehung Irans zum Westen sich gebessert habe, habe Washington nicht nur die Sicherheit der Islamischen Republik weiterhin bedroht, sondern auch versucht, den islamischen Staat gesellschaftlich und kulturell zu unterwandern. Auch der Atomstreit müsse in diesem Zusammenhang gesehen werden. Für Iran gäbe es drei unterschiedliche Strategien. Die erste wäre, sich dem Willen des Westens anzupassen. Das sei auch das Ziel der USA gewesen. Deshalb hätten sie vor jeder Sitzung der Internationalen Atombehörde (IAEA) vermeintlich neue Fakten enthüllt, die den Nachweis bringen sollten, dass Irans Atomprogramm bedrohlich sei. Damit hätten sie immer neue Forderungen gestellt und immer neue vertrauensbildende Maßnahmen verlangt. Dann sei Iran bei dem Treffen in Paris aufgefordert worden, die Urananreicherung dauerhaft auszusetzen und am Ende „sollten wir gänzlich auf die Entwicklung der Atomtechnologie verzichten“. Diese Strategie habe sich als falsch erwiesen, sagte Laridjani.

Die zweite Strategie gehe von der Tatsache aus, dass Iran ein islamischer Staat sei, damit eine entsprechende Staatsordnung habe und seine Handlungen danach richte, ohne auf die Position anderer Staaten zu achten. Diese Strategie hätte die Gefahr, dass das Land sich isolieren könnte. Denn nicht

einmal alle islamischen Staaten könnten zu so einem Staat stabile Beziehungen pflegen.

Die dritte Strategie wäre, sich an die Prinzipien einer islamischen Staatsordnung zu halten, gleichzeitig jedoch die Positionen anderer Staaten zu berücksichtigen. Eine solche Strategie verlange eine aktive Diplomatie, sagte Laridjani. „Wir müssen zu allen Staaten Beziehungen herstellen, aber diese Beziehungen unseren Vorstellungen und Prinzipien entsprechend interpretieren.“ „Manche Leute sagen, es ist zwar richtig, dass das Atomprogramm zu den idealen und nationalen Zielen der Islamischen Republik gehört, aber ihr könnt diese Ziele nur auf dem Weg von Verhandlungen erreichen“ fuhr Laridjani fort. „Wenn jemand nur diese Empfehlung akzeptiert, folgt er in Wirklichkeit der ersten Strategie.“ Dies sei auch die Politik der Islamischen Republik in den vergangenen zweieinhalb Jahren gewesen. Deshalb habe der Westen geglaubt, „uns mit Drohungen und Peitschenhieben zum Rückzug und zur Aufgabe unserer Position zwingen“ zu können.

Es gäbe keinerlei Garantie für den dauerhaften Import des atomaren Brennstoffs aus dem Ausland, sagte Laridjani. „Und wenn in dreißig, vierzig Jahren unsere Energiequellen ausgeschöpft sind, dann werden jene Staaten, die den atomaren Brennstoff produzieren können, ein Kartell bilden und uns sagen, entweder ihr ändert eure Außen- und Kulturpolitik oder ihr bekommt keinen Brennstoff.“ Es sei „pure Dummheit“, wenn ein Staat sich freiwillig in die Abhängigkeit begeben würde, selbst wenn es sich um einen befreundeten Staat handelte. „Wir werden selbstverständlich weiter an Verhandlungen teilnehmen“, sagte Laridjani abschließend, „aber nur an Verhandlungen mit dem Ziel, den atomaren Brennstoff im eigenen Land herstellen zu können.“ Die ganzen „Aussetzungen“ seien völlig unlogisch gewesen. Denn wenn es um Vertrauensbildung gegangen wäre, hätte die Aussetzung der Urananreicherung ausgereicht. „Wozu mussten wir unsere Forschung einstellen? Damit hätte man doch keine Bomben bauen können. Der Westen hat uns in der Vergangenheit anders erlebt. Jetzt müssen sich die Europäer an den neuen Kurs gewöhnen. Das fällt ihnen nicht leicht“.

**USA verhängen Sanktionen gegen neun
Firme wegen Geschäften mit Iran**

Die USA haben gegen neun Firmen aus China, Indien und Österreich Sanktionen verhängt, weil sie Iran mit Militärausrüstung und -technologie beliefert haben sollen. Ein Sprecher des Außenministeriums teilte in Washington mit, dass die Firmen auf der Grundlage eines aus dem Jahr 2000 stammenden Gesetzes keinen Handel mehr mit der US-Regierung oder US-Unternehmen treiben dürfen. Das Gesetz war erlassen worden, um Teheran an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu hindern.

Was die Firmen genau geliefert haben sollen, sagte der Sprecher nicht. Er betonte aber, es lägen „glaubwürdige“ Informationen darüber vor. Die Sanktionen gegen sechs chinesische, zwei indische und eine österreichische Firma würden seit dem 23. Dezember gelten. Seit dem Inkrafttreten des Nichtverbreitungsgesetzes wurden gegen rund vierzig Unternehmen Sanktionen verhängt. Es sei ein „wichtiges und effektives Mittel“, um die Bemühungen Irans um die Entwicklung von Raketen und Massenvernichtungswaffen einzuschränken, sagte der Außenamtssprecher.

Indes hat der österreichische Waffenhersteller Steyr Mannlicher auf die Sanktionen „betroffen und schockiert“ reagiert. Bisher habe sein Unternehmen lediglich aus den Medien erfahren, dass Washington den Hersteller wegen der Lieferung von 800 Scharfschützengewehren des Typs HS50 an Iran bestrafen werde. Ein Exportverbot dieser Waffen in die USA würde zu Umsatzeinbußen von bis zu 40 Prozent führen, meint der Chef des Unternehmens, Wolfgang Furlinger.

Das Innenministerium in Wien teilte dazu mit, das Geschäft zwischen dem österreichischen Waffenproduzenten und der Regierung in Teheran sei lange und genau geprüft worden, bevor es bewilligt wurde. Steyr Mannlicher habe im Oktober 2003 einen Antrag eingereicht, Gewehre des Typs HS50 zur Bekämpfung der Drogenkriminalität an Iran zu liefern. Der positive Bescheid sei erst ein Jahr später, am 12. November 2004, im Einvernehmen mit dem Außenministerium erfolgt.